



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Lernen aus den Krisenlagen – Vor- bereitet sein und effizient handeln.

Wesentliche Erkenntnisse aus der Konferenz vom 6. Dezember 2022



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.

Lernen aus den Krisenlagen – Vorbereitet sein und effizient handeln.

Wesentliche Erkenntnisse aus der Konferenz vom 6. Dezember 2022

Bildnachweis: BBK

Stand: Januar 2023

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. <i>Partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen weiter ausbauen</i>	2
1.1. Krisen stets als grenz- und sektorübergreifend begreifen.....	2
1.2. Internationale Zusammenarbeit fördern und von Partnern lernen.....	3
1.3. Partnerschaftliche Zusammenarbeit im Innern fördern.....	3
1.4. In der Krise Köpfe kennen.....	4
2. <i>Den Bevölkerungsschutz weiter stärken</i>	4
2.1. Dilemma zwischen Krisenprävention und Krisenbewältigung berücksichtigen	4
3. <i>Vorausschauend agieren für die Krisen von morgen</i>	5
3.1. Strategische Vorausschau als ein Instrument nutzen.....	5
3.2. Mit dem Gemeinsamen Lagebild Bevölkerungsschutz „vor die Lage“ kommen	6
3.3. Auch in der Krise üben.....	6
3.4. An Basisszenarien orientieren.....	7
4. <i>In der Krise effizient handeln und eine positive Fehlerkultur schaffen</i>	7
4.1. Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung erhöhen.....	7
4.2. Handlungssicherheit in Krisen schaffen.....	8
4.3. Fehlerkultur etablieren.....	8
4.4. Gestärkt aus Krisen hervorgehen.....	8
5. <i>Zentrale Krisenstruktur im Bund für die ressortübergreifende Krisenkoordinierung etablieren</i>	9
5.1. Krisenmanagement professionalisieren.....	9
5.2. Ressortübergreifende Krisenkoordinierung verbessern.....	9
6. <i>Im Krisenmanagement umfassend kommunizieren</i>	10
6.1. Kontinuierliche und einheitliche Kommunikation, um Orientierung zu geben.....	10
6.2. Desinformation und Falschnachrichten als Herausforderung erkennen.....	10
7. <i>Schulen, Ausbildung und Wissenschaft eng einbinden</i>	11
7.1. Wissenschaft noch stärker mit der Exekutive vernetzen.....	11
7.2. Frühzeitig das Krisenbewusstsein schärfen.....	11
8. <i>Fazit</i>	12

Einleitung

Die gemeinsam vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) veranstaltete Konferenz „Lernen aus den Krisenlagen – Vorbereitet sein und effizient handeln“ fand am 6. Dezember 2022 in Berlin statt. An der Veranstaltung im BMI nahmen 80 zum Teil hochrangige Vertretende aus Bundesbehörden, Ländern und Kommunen sowie von Hilfsorganisationen vor Ort teil. Fast 200 weitere Personen waren online zugeschaltet und brachten sich in die Diskussionen interaktiv ein. Sprecherinnen und Sprechern waren:

- **Juliane Seifert**, Staatssekretärin im BMI
- **Ralph Tiesler**, Präsident des BBK
- **Dr. Christoph Hübner**, Stellvertretender Leiter der Abteilung Krisenmanagement im BMI
- **Carsten Breuer**, Generalleutnant und Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr
- **Albrecht Broemme**, Vorsitzender des Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit e. V.
- **Ekkehard Brose**, Botschafter und Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS)
- **Prof. Dr. Lars Gerhold**, Leiter Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Technische Universität Braunschweig
- **Clemens Körner**, Landrat des Rhein-Pfalz-Kreises



Die Konferenz zog Lehren und zeigte Handlungsschritte für das strategische Krisenmanagement in Deutschland auf. Die Konferenz schaute auf die gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich notwendigen Anpassungen an die neuen Realitäten, die sich insbesondere aus den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der damit eingeleiteten Zeitenwende für die deutsche Sicherheitsarchitektur ergeben. Des Weiteren nahm die Konferenz zunehmende Gefahren in den Blick, die sich aus Cyberangriffen für die öffentliche Verwaltung ergeben und das Potenzial besitzen, demokratische Strukturen und das staatliche Han-

deln massiv zu stören. Die Corona-Pandemie hat nicht nur eine Krise im Gesundheitswesen ausgelöst, sondern ist auch Beleg für zwischen Staaten bestehenden Abhängigkeiten, die schwerwiegende Krisen verschärfen können.



Das vorliegende Ergebnispapier entwickelt das im Juli 2022 durch das BMI veröffentlichte Programm *Neustart im Bevölkerungsschutz* weiter und ordnet sich gleichzeitig als Teil der dort adressierten Krisennachsorge sowie Prävention ein. Es lässt sich zudem in den strategischen Rahmen der *Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen* einordnen, welche ebenfalls im Juli 2022 verabschiedet wurde. Die im Rahmen der Konferenz gesammelten Ergebnisse werden als Impulse in die in Entwicklung befindliche *Nationale Sicherheitsstrategie* einfließen.

1. *Partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen weiter ausbauen*

1.1. Krisen stets als grenz- und sektorübergreifend begreifen

Die Konferenz hat deutlich aufgezeigt, dass die zahlreichen Katastrophen und Krisen der letzten Jahre in ihren Auswirkungen massiv waren. Sie forderten und fordern unsere volle Aufmerksamkeit. Was diese Krisen alle gemeinsam haben: Sie machen nicht an Ländergrenzen halt und sie verlangen ein rasches, konsequentes, effizientes und - über Ländergrenzen und Ressortzuständigkeiten hinweg - abgestimmtes Handeln. Ressortegoismen und Verantwortungsdiffusion müssen vermieden werden. Alle staatlichen Ebenen werden nur gemeinsam und partnerschaftlich die Krisen bewältigen können.

„Krisen machen an Grenzen keinen Halt. Im GeKoB bündeln wir die Expertise und Fähigkeiten aller Akteure im Bevölkerungsschutz. Die Krisenbewältigung in bundesweiten Lagen können wir so erheblich verbessern.“
Juliane Seifert



1.2. Internationale Zusammenarbeit fördern und von Partnern lernen

Nach außen müssen wir mit unseren Partnern noch enger zusammenarbeiten - sowohl im EU-Rahmen als auch mit unseren NATO-Verbündeten. Das EU-Katastrophenschutzverfahren ist hierfür ein geeignetes Instrument. Es beweist seine Wirksamkeit nicht zuletzt bei der Unterstützung der Ukraine, indem eingehende Hilfeleistungswersuchen europaweit koordiniert umgesetzt werden. Wie wichtig der Bevölkerungsschutz im Rahmen der Gesamtverteidigung ist, wird durch die Ukraine eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Deutschland leistet einen zentralen Beitrag dafür, dass die von Russland zerstörte Kritische Infrastruktur schnellstmöglich wieder in Stand gesetzt oder ersetzt wird. Nicht zuletzt betonten die Teilnehmenden der Konferenz, dass Deutschland auch von im Ausland bewährten Praktiken im Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz noch viel stärker lernen kann.



1.3. Partnerschaftliche Zusammenarbeit im Innern fördern

Die Konferenz zeigte auf, dass unser föderales System allen eine erhöhte Kooperationsbereitschaft und -leistung abverlangt. Nach innen tragen Bund, Länder und Kommunen eine gemeinsame Verantwortung für den Bevölkerungsschutz in Deutschland. Denn der Bevölkerungsschutz ist ein integriertes Hilfeleistungssystem. Bund, Länder, Kreise und Kommunen sind dabei eng miteinander verzahnt. Dabei hat die Konferenz auch die Arbeit der Feuerwehren, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerks und der Hilfsorganisationen besonders hervorgehoben. Die Konferenz hat in diesem Zusammenhang die Bedeutung des im Juni 2022 eingerichteten Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz (GeKoB) unterstrichen. Denn dort werden Partner aller Ebenen zusammen, Hand in Hand an einem Tisch arbeiten. Das GeKoB entwickelt gerade ein bundesweites Ressourcenregister, mit dem wir uns gemeinsam langfristig noch besser gegen große länderübergreifende Schadensereignisse wappnen. Gerade auch in akuten Krisenlagen wird das GeKoB auf Anforderung unterstützen. Das GeKoB ist Ausdruck eines kooperativen Föderalismus, ein großer Erfolg und ein Ergebnis des Lernens aus vergangenen Krisen ist. Dies kann nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Das GeKoB muss sich weiter als die Kooperations- und Austauschplattform im Bevölkerungsschutz etablieren, in der alle Akteure ihre Expertise und Fähigkeiten bündeln.



1.4. In der Krise Köpfe kennen

Der Cybervorfall im Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis machte deutlich, dass ein partnerschaftliches Handeln und ein Lernen voneinander bereits auf kommunaler Ebene beginnen muss. Die Vernetzung von Experten und Entscheidungsträgern erfolgt nach dem „Drei-K“-Prinzip: In der Krise Köpfe Kennen. Krisenbewältigung wird bei Abschottung scheitern. Sie ist deutlich wirksamer, wenn sie vernetzt und partnerschaftlich erfolgt und Expertise aus allen Bereichen gezielt einbringt, z. B. Unterstützung durch das BSI beim Aufbau einer resilienten IT-Infrastruktur. Perspektivisch kann ein bundeseinheitlicher Zertifizierungsstandard dabei helfen, die Cybersicherheit in allen Kommunen zu erhöhen.



„Die Frage ist nicht, ob man Opfer eines Cyberangriffs wird, sondern wann. Wir müssen im kommunalen Bereich noch stärker zusammenarbeiten, auch auf der Grundlage bundeseinheitlicher Sicherheitsstandards.“
Clemens Körner

2. Den Bevölkerungsschutz weiter stärken

2.1. Dilemma zwischen Krisenprävention und Krisenbewältigung berücksichtigen

In der Konferenz wurde deutlich, dass die Krisenprävention viel stärker in den Fokus gerückt werden muss. Notwendige Investitionen in eine gute Vorbereitung auf Krisenlagen müssen als gute, lohnende Investitionen in einen verbesserten Bevölkerungsschutz verstanden werden. Eine ausreichende Finanzierung in vorgehaltene Ressourcen kann im Krisenfall die konkreten Hilfeleistungen für die Menschen verbessern und einen viel größeren Schaden abwenden. Die Wirksamkeit von getroffenen Maßnahmen und erfolgten In-



vestitionen in vorgehaltene Ressourcen offenbart sich allerdings erst in folgenden Krisenlagen. Die politischen Entscheidungsträger müssen diesen Umstand in ihrer „politischen Roadmap“ berücksichtigen und als langfristige Investition in die gesamtgesellschaftliche und politische Resilienz betrachten. Ausbau der personellen und finanziellen Ressourcen muss Priorität haben

„Wir müssen noch sehr viel mehr Mittel in die Strukturen des Bevölkerungsschutzes investieren, von denen wir hoffen müssen, sie nie zu brauchen.“
Dr. Christoph Hübner

Die Konferenz unterstrich, dass das Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe (ZSKG) sich als eine gute Grundlage erweist. Sie stellt jedoch hohe Anforderungen an alle Partner, dem darin zum Ausdruck kommenden kooperativen Föderalismus gerecht zu werden. Es ist jede Ebene selbst aufgerufen, zunächst in eigener Zuständigkeit die für das Krisenmanagement und den Katastrophenschutz zuständigen Behörden personell und materiell noch besser auszustatten. Jedoch greift eine zu strikte finanzielle Aufteilung in die

jeweiligen verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten zu kurz. Das beste Beispiel hierfür sind die Sirenen. Diese dienen sowohl dem Katastrophenschutz als auch dem Zivilschutz („dual use“). Mehrausstattungen in allen Fragen des Bevölkerungsschutzes sollten in ihrer Zielrichtung und Wirksamkeit unabhängig davon betrachtet werden, ob Zivil- oder Katastrophenschutzaspekte im Schwerpunkt betroffen sind, da eine trennscharfe Abgrenzung oft gar nicht möglich ist. Die Konferenz kam daher zum Ergebnis, dass wir unsere Prioritäten auch finanzpolitisch abstimmen und gemeinsam in Bund und Ländern vertreten müssen.



3. *Vorausschauend agieren für die Krisen von morgen*

3.1. Strategische Vorausschau als ein Instrument nutzen

Die Konferenz hat deutlich gemacht, dass wir auf allen staatlichen Ebenen und im Verbund mit unseren europäischen und internationalen Partnern in die Fähigkeiten und Methodenkompetenz in der strategischen Vorausschau investieren müssen. Im Rahmen der Diskussion wurde jedoch auch auf die Grenzen strategischer Vorausschau hingewiesen. Ziel sollte aber in jedem Fall sein, mit weitem Blick in die Zukunft, effiziente und übergreifende Krisenbewältigungsstrukturen zu entwickeln, die uns in die Lage versetzen, die Krisen von morgen zu erkennen und zu bewältigen. Nur so ist es möglich, Krisenlagen noch besser zu antizipieren und immer vorbereitet zu sein.



3.2. Mit dem Gemeinsamen Lagebild Bevölkerungsschutz „vor die Lage“ kommen

Die Konferenz hob hervor, dass die Fähigkeit, Daten aus verschiedensten Quellen zu aggregieren, zu analysieren und insbesondere zu bewerten, im Bevölkerungsschutz weiter ausgebaut werden muss. Dazu entwickelt das GeKoB das Gemeinsame Lagebild Bevölkerungsschutz fortlaufend und bedarfsgerecht in Abstimmung mit den Ländern weiter.

3.3. Auch in der Krise üben

Alle Expertinnen und Experten der Konferenz waren sich einig, dass ein Bedarf an regelmäßigen, übergreifenden Übungen besteht, um das nationale strategische Krisenmanagement zu stärken. Die gemeinsam von Bund und Ländern getragene Krisenmanagementübung LÜKEX ist ein zentrales Instrument, um die Arbeit in den Krisenbewältigungsstrukturen zu üben und fortzuentwickeln. Das verstärkte Üben muss dabei auf der Ausbildung aller staatlichen Ebenen und insbesondere der Entscheidungsträger im Krisenmanagement aufbauen. Um zu wissen, wo wir stehen und was wir noch verbessern können, muss das Üben auch bei hoher Arbeitsbelastung prioritär bleiben. Denn in der Krise verfügen wir über noch viel weniger Ressourcen und es bleibt noch viel weniger Zeit. Auf der Konferenz wurde dazu aufgerufen, an der nächsten LÜKEX Ende September 2023 teilzunehmen. Sie wird als Szenario die Aufrechterhaltung von Staats- und Regierungsfunktionen vor dem Hintergrund eines Cyberangriffs zur Grundlage haben.



„Wir alle müssen besonderes Augenmerk darauf legen, die Krisenfestigkeit unserer Strukturen und Mechanismen zu beüben. Die LÜKEX im September 2023 ist hierfür eine ideale Möglichkeit.“

Ralph Tiesler

3.4. An Basisszenarien orientieren

Die Konferenz beleuchtete die Rolle einer szenarienbasierten Krisenvorbereitung. Die Kritik richtete sich darauf, dass die Vorbereitung auf alle erdenklichen Lagen nicht möglich und auch nicht zielführend ist. Zum einen führt bereits eine leicht abweichende Lageentwicklung zu Handlungsunsicherheiten. Zum anderen zeichnen sich künftige Krisenlagen nicht unbedingt ab („schwarze Schwäne“). Daher geht es darum, an Basisszenarien orientiert, Krisenstrukturen zu entwickeln, die ein flexibles, an die jeweilige Krise angepasstes und bedarfsgerechtes Krisenmanagement ermöglichen.



4. In der Krise effizient handeln und eine positive Fehlerkultur schaffen

4.1. Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung erhöhen

In der Konferenz wurde deutlich, dass sich das Sicherheitsbewusstsein in unserer Gesellschaft stetig verändert. Dabei wurde auch betont, dass die Gesellschaft sich in den letzten Jahren als solidarisch, hilfsbereit

„Wir müssen die Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung, als Teil der Abschreckung verstehen. Je resilienter die Bevölkerung, desto stärker wird ein potentieller Angreifer abgeschreckt.“

Ekkehard Brose



und proaktiv erwiesen hat. Daran muss auch im Bevölkerungsschutz angeknüpft werden. Eine risikobewusste und handlungsfähige Bevölkerung ist essentiell für einen wirksamen Bevölkerungsschutz. Die Bereitschaft zur Vorsorge und gegenseitigen Hilfe muss weiter gefördert und ausgebaut werden. Wir wollen dabei eine Gesellschaft sein, die – wenn nötig – den

geübten und routinierten Umgang mit Krisen und Gefahren „kann“, durch Übung und sichere Routinen. Wir müssen den politischen Dialog und die Kommunikationsarbeit anpassen und ausbauen. Der jährlich stattfindende bundesweite Warntag ist ein Beispiel für die Sensibilisierung der Menschen für (fiktive) Gefahren und ein wesentlicher Meilenstein zur Erreichung dieses Selbstverständnisses. Damit wird das Krisenbewusstsein der Bevölkerung nachhaltig geschärft.

4.2. Handlungssicherheit in Krisen schaffen

Die Konferenz erinnerte daran, dass komplexe Lagen mit Hilfe von Schlüsselindikatoren (z. B. Inzidenzwerte) besser eingeordnet werden können. Sie dienen als Grundlage für eine bessere Lagebeurteilung und führen im Ergebnis zu zielführenden Entscheidungen. Dazu muss sowohl die Kompetenz als auch die Bereitschaft auf den verschiedenen Entscheidungsebenen bestehen, Lagen zu analysieren, Modelle zu erstellen und vorausschauende Entscheidungen zu treffen. Wir müssen die dabei genutzten Indikatoren und Bewertungsmodelle ständig weiterentwickeln.

4.3. Fehlerkultur etablieren

Die Konferenz führte deutlich vor Augen, dass die umfassende, ehrliche und systematische Nachbereitung von Krisen wichtiger Bestandteil ist, um das Krisenmanagement zu verbessern. Verbesserungspotenziale müssen erkannt, offen angesprochen, festgehalten, vermittelt und nachhaltig ausgeschöpft werden, um Veränderungen und Lernprozesse herbeiführen zu können. Im Interesse der übergreifenden Kooperation und einer offenen Fehlerkultur müssen wir unser Erfahrungswissen teilen und Optimierungen gemeinsam auf allen Ebenen und mit der Bevölkerung angehen.



4.4. Gestärkt aus Krisen hervorgehen

Krisennachsorge ist Teil der Weiterentwicklung des Krisenmanagements und muss von Anfang an bedacht und so früh wie möglich begonnen werden. Dadurch ermöglichen wir den notwendigen „Recovery“-Prozess und leiten die Vorbereitung auf die nächste Krise wirksam ein. Dies bedeutet, dass wir Krisen zum Anlass nehmen müssen, Strukturen und Mechanismen immer wieder zu überdenken und anzupassen, Systeme krisenfester zu machen und Veränderungen anzustoßen, um eine neue Stabilität nach der Krise zu gewinnen. Die Wissenschaft muss bei der Analyse der Krisenbewältigung einbezogen werden.



5. Zentrale Krisenstruktur im Bund für die ressortübergreifende Krisenkoordinierung etablieren

5.1. Krisenmanagement professionalisieren

Während der Konferenz fand ein Ideenaustausch zur künftigen Ausrichtung der ressortübergreifenden Krisenmanagementstrukturen auf Bundesebene statt. Einigkeit bestand darin, die Krisenbewältigungsstrukturen zu stärken, noch enger miteinander zu verzahnen und fortzuentwickeln. Es gilt, bestehende Strukturen und Reaktionsmechanismen anzuwenden, anstatt immer wieder neue Konzepte zu entwickeln. Dabei wurde deutlich, dass schnelle Entscheidungsprozesse, Kooperation und einheitliche Kommunikation zentrale Faktoren sind. Auf allen staatlichen Ebenen müssen die Entscheidungsträger über das Rüstzeug zur Krisenbewältigung verfügen („Entscheider-Ausbildung“).



„Eine dauerhafte Stabsstruktur der Krisenbewältigung ist notwendig. Wir müssen uns vom dem Mangel lösen, dass ein Krisenstab nur in einer staatlich anerkannten Krise ausgerufen wird.“

Albrecht Broemme

Welcher Führungsstil der richtige ist, hängt von der Krise ab. Klare Leitlinien geben den Entscheidungstragenden die notwendige Sicherheit und den notwendigen Spielraum, um in der Lage vor Ort Entscheidungen zielorientiert treffen zu können. Die bei der Polizei, bei der Feuerwehr, im THW oder bei der Bundeswehr eingeübten Führungs- und Entscheidungsmechanismen sollten in die generellen Krisenbewältigungsstrukturen der öffentlichen Verwaltung einfließen.

5.2. Ressortübergreifende Krisenkoordinierung verbessern

Die Konferenz hat den Bedarf aufgezeigt, die bestehenden ressortübergreifenden Krisen-

managementstrukturen zu überprüfen und entsprechend fortzuentwickeln. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz griffen die Ideen nach einer zentralen Stelle auf, die in Krisenlagen über die notwendigen Kompetenzen und personellen Ressourcen dauerhaft verfügt, um das zivile Krisenmanagement der Bundesregierung fachlich zu koordinieren. Erforderlich wäre die Bereithaltung der erforderlichen Kommunikationstechnik und der notwendigen Räumlichkeiten sowie die ständige ressortübergreifende praktische Aus- und Fortbildung im Krisenmanagement.



*„In der Krise kommunizieren heißt: Akzeptanz erzeugen, Probleme deutlich machen und aufklären. Es geht nur mit Kommunikation auf Augenhöhe mit einem abgestimmten Konzept.“
Carsten Breuer*

nicht nur in einer Krise, sondern auch darüber hinaus regelmäßig auf mögliche Gefahren hinzuweisen und den Mehrwert der eigenen Vorsorge zu verdeutlichen. Dabei gilt es auch die Grenzen der staatlichen Unterstützung aufzuzeigen und die Bevölkerung als Teil der Krisenbewältigung zu adressieren. Dabei wurde im Rahmen der Konferenz darauf hingewiesen, dass ehrliche und klare Botschaften bei der Bevölkerung mehr Vertrauen schaffen als Zurückhaltung in Hinblick auf eine etwaige Verunsicherung. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die aktuelle BBK-Kampagne zum Selbstschutz die Bevölkerung erreicht (Verbreitungsgrad von ca. 25 %) und zu einem besseren Risikobewusstsein führt.

6. Im Krisenmanagement umfassend kommunizieren

6.1. Kontinuierliche und einheitliche Kommunikation, um Orientierung zu geben

Die Konferenz ging ausführlich auf die Rolle der Krisenkommunikation ein. Zahlreiche Teilnehmende betonten, dass die Kommunikation in der Krise verlässlich, ehrlich und direkt erfolgen muss. Eine falsche oder fehlende Kommunikationsstrategie hat das Potential, eine Krise zu verschärfen. Die behördliche Kommunikation muss zu dem einem klaren, abgestimmten und gemeinsamen Narrativ folgen und auf Augenhöhe stattfinden, um akzeptiert zu werden. Der Reflex, dass eine zu offene Kommunikation die Bevölkerung verunsichern könnte, scheint auch aus wissenschaftlicher Sicht unbegründet. Daher gilt es, die Bevölkerung



6.2. Desinformation und Falschnachrichten als Herausforderung erkennen

Die Konferenz zeigte auf, dass auch der Bevölkerungsschutz vor der Herausforderung von gezielten Desinformationskampagnen und der Verbreitung von Falschinformationen steht. Zwar ist es notwendig, Falschinformationen unmittelbar zu begegnen. Zielführender ist allerdings eine kontinuierliche Aufklärung der Bevölkerung, um die Resilienz gegen Desinformation zu stärken.

7. Schulen, Ausbildung und Wissenschaft eng einbinden

7.1. Wissenschaft noch stärker mit der Exekutive vernetzen

Die Konferenz ging darauf ein, dass in der Forschung und Wissenschaft viele Erkenntnisse zum Umgang mit Krisen vorliegen, die noch stärker in die Praxis der Krisenbewältigung eingebracht werden müssen. Zwingende Voraussetzung dafür ist, voneinander lernen zu wollen, wie es diese Konferenz positiv zeigte. Wirksame Krisenbewältigungsstrukturen hängen auch von wissenschaftlichen Erkenntnissen ab. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen in die Entscheidungsfindung einfließen. Die sich aus der Krisenbewältigung ergebenden Fragestellungen müssen Forschungsgegenstand werden. Dafür brauchen wir Impulse von der Exekutive an die Wissenschaft und umgekehrt. Es ist eine wichtige Aufgabe des BBK, wissenschaftliche Forschung in die Strukturen des Bevölkerungsschutzes zu integrieren.

„Es bedarf einer Transferstelle, die wissenschaftliche Erkenntnisse der Krisenbewältigung aufbereitet und in verständlicher Form darlegt, um eine Kommunikation zwischen Wissenschaft, Behörden und Politik zu ermöglichen.“

Prof. Dr. Lars Gerhold



7.2. Frühzeitig das Krisenbewusstsein schärfen

Die Konferenz plädierte dafür, bereits in den Schulen, Universitäten sowie Aus- und Fortbildungseinrichtungen das Krisenbewusstsein zu schärfen. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass dies auch spielerisch gelingen kann. Zum Beispiel nutzt man in Japan zur Visualisierung von Naturkatastrophen digitale Anwendungen, die in die reale Welt integriert werden: Schüler können beobachten, wie sich ein Hochwasser auf ihr eigenes Lebensumfeld auswirken würde („augmented reality“). Daraus können sie Schlüsse für ihr eigenes Handeln ziehen.

8. Fazit

Was für die meisten früher nicht denkbar gewesen wäre, ist in den letzten Jahren Realität geworden: Auch Deutschland ist in den letzten Jahren verstärkt von Krisen und Katastrophen betroffen. Die Konferenz zeigte im Ergebnis, dass es in Deutschland zwar bereits ein gutes Fundament für den Bevölkerungsschutz gibt. Dennoch erfordert die Zeitenwende ein gemeinsames Umdenken, um sich auf die neue Realität einzustellen. Die staatlichen Ebenen müssen hierbei vorangehen, etablierte Paradigmen und Systeme überdenken und neue Strategien und Prozesse für die Bewältigung von Katastrophen entwickeln. Schwächen zeigen sich bei fehlender Ausbildung, unzureichender Übung und unklarer Kommunikation. Der Bevölkerungsschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der Staat und Gesellschaft partnerschaftlich agieren müssen. Die in diesem Papier zusammengefassten Ergebnisse sind Anstoß für weitere Diskussionen und Maßnahmen.



Impressum:

Bundesministerium des Innern und für Heimat

Referat KM 1 – Grundsatz; Nationales Krisenmanagement

Alt Moabit 140

10557 Berlin

**Bundesamt für Bevölkerungsschutz und
Katastrophenhilfe**

Referat I.4 - Ressort und Länderübergreifende Krisenmanagementübungen

Provinzialstraße 93

53127 Bonn